

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 6. Sitzung

Innen- und Rechtsausschuss

18. WP - 9. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. September 2012,
im Sitzungszimmer 383 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Barbara Ostmeier (CDU)	Vorsitzende
Dr. Axel Bernstein (CDU)	
Dr. Kai Dolgner (SPD)	
Simone Lange (SPD)	
Tobias von Pein (SPD)	
Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	i. V. v. Wolfgang Kubicki
Wolfgang Dudda (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Fehlende Abgeordnete

Petra Nicolaisen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
 1. a) Entwurf eines Gesetzes zur Kürzung der Amtsbezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister	 4
 Gesetzentwurf der Landesregierung <u>Drucksache 18/31</u>	
 b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes	
 Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <u>Drucksache 18/115</u>	
 2. Vorstellung der Eckwerte des Landeshaushalts 2013 durch Finanzministerin Heinold	 6
 3. Verschiedenes	 8

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Rother, übernimmt den Vorsitz, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Kürzung der Amtsbezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/31](#)

hierzu: [Umdruck 18/63](#)

Abg. Dr. Garg erklärt, die FDP halte die Kürzung der Amtsbezüge der Mitglieder der Landesregierung für ein falsches Signal.

Abg. Koch kündigt an, die CDU werde sich aus grundsätzlichen Erwägungen zur Angemessenheit der Besoldung der Mitglieder der Landesregierung der Stimme enthalten.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN wird die von der Finanzministerin in Umdruck 18/63 empfohlene Ergänzung angenommen. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 18/31 mit der beschlossenen Ergänzung anzunehmen.

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/115](#)

(überwiesen am 22. August 2012; Fortsetzung der Beratungen vom 6. und 20. September 2012)

Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes

[Umdruck 18/135](#)

Interfraktioneller Änderungsantrag

Umdruck 18/138

Abg. Schmidt signalisiert grundsätzlich Zustimmung zum interfraktionellen Änderungsantrag und begründet seine Stimmenthaltung damit, dass ein Teil der Fraktion der PIRATEN die Diätenerhöhung nicht mittrage.

Abg. Dr. Dolgner und Dr. Garg weisen darauf hin, dass die Koppelung der Diätenanpassung an die Einkommensentwicklung, die auf die Diätenstrukturreform unter Vorsitz von Prof. Dr. Benda zurückzuführen sei, nicht automatisch mit einer Diätenerhöhung gleichzusetzen sei, sondern eine Anpassung nach oben oder unten bedeuten könne.

Bei Enthaltung der PIRATEN wird der interfraktionelle Änderungsantrag Umdruck 18/138 angenommen. Bei Enthaltung der PIRATEN empfiehlt der Finanzausschuss, dem Landtag, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes, [Drucksache 18/115](#), in der Fassung des interfraktionellen Änderungsantrags [Umdruck 18/138](#) anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung der Eckwerte des Landeshaushalts 2013 durch Finanzministerin Heinold

M Heinold führt aus, die Landesregierung werde den Anforderungen des Stabilitätsrats und der Schuldenbremse gerecht und setze gleichzeitig politische Prioritäten. Die Einnahmen stiegen 2013 gegenüber dem Vorjahr um 880 Millionen € auf 9,23 Milliarden €, die Ausgaben um 380 Millionen € auf 9,65 Milliarden €, der strukturelle Fehlbetrag liege bei 780 Millionen € und die geplante Nettokreditaufnahme bei 420 Millionen €. Im Haushalt 2013 würden die 300 Lehrerstellen und 15 Millionen € zusätzlich für die U-3-Betreuung aufgenommen, bei den dänischen Schulen und den deutschen Schulen in freier Trägerschaft sowie den Frauenhäusern werde nachgesteuert; der Vertretungsfonds werde halbiert, der Erdölförderzins angehoben, beim Straßenbau gekürzt und die vorgesehenen Mittel für die Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt-Querung gestrichen. 10 % des Personalbestandes des Landes würden abgebaut. Außerdem lege man ein Programm für vorsorgende Finanzpolitik (PROFI) in Höhe von 50 Millionen € auf.

Abg. Koch fragt die Finanzministerin, inwieweit ihr Haushalt folgendem Anspruch des Koalitionsvertrags gerecht werde: „Neue oder höhere Ausgaben sind möglich, werden aber nur dann in den Haushalt aufgenommen, wenn eine wertgleiche Gegenfinanzierung mit der jeweiligen Erhöhung beschlossen wird.“

M Heinold bekennt sich zu diesem Grundsatz, den man mit den Haushaltseckwerten einhalte, weil man sich innerhalb des Schuldenabbaupfades auf der Landesmethode bewege.

Abg. Koch kritisiert, dass die Neuverschuldung trotz steigender Einnahmen gegenüber der letzten Finanzplanung um 70 Millionen € wachse und die Landesregierung ihren eigenen Anspruch, neue Maßnahmen solide gegenzufinanzieren, nicht erfülle.

M Heinold begründet den Anstieg des strukturellen Fehlbetrags im Wesentlichen mit dem Programm PROFİ, das zu Energie- und Betriebskosteneinsparungen führe und damit zukünftige Haushalte strukturell entlaste.

Abg. von Kalben versichert, die Koalition plane keine strukturellen Mehrausgaben, die nicht gegenfinanziert seien. Die einmalige Investition PROFI wolle man nutzen, um den Klimaschutz voranzubringen und später strukturelle Minderausgaben zu realisieren.

Abg. Dr. Garg kommt zu dem Ergebnis, dass das strukturelle Defizit auch nach Abzug der 50 Millionen € von PROFI noch 20 Millionen € über der Planung des Vorjahres liege und diese 20 Millionen € zusätzliche Ausgaben nicht gegenfinanziert seien.

M Heinold weist darauf hin, dass das strukturelle Defizit im Vergleich zur Finanzplanung der ehemaligen Landesregierung vom Frühjahr 2012 um 70 Millionen € höher liege, liege daran, dass man die Finanzplanung auf der Landesmethode plane. 50 Millionen € seien als einmalige Investition für PROFI vorgesehen, 20 Millionen € für laufende Haushaltsausgaben in den Bereichen Kita, Schule und Frauenhäuser. Insgesamt seien Ausgaben im Umfang von 420 Millionen € kreditfinanziert.

Abg. Harms äußert, er wolle keine Diskussion - nehme man einen Baustein heraus, müsse man einen Baustein in gleicher Größenordnung hineingeben - auf Pepita-Niveau führen, sondern wolle politische Schwerpunkte setzen. Entscheidend sei, dass die Absprachen mit dem Stabilitätsrat und die Schuldenbremse eingehalten würden.

Auf eine weitere Frage von Abg. Koch zur Stelleneinsparung stellt M Heinold klar, die Koalition halte am Ziel, 10 % des Stellenbestandes des Landes einzusparen, fest und werde nicht nur die 5.300 Stelleneinsparungen erbringen, sondern auch definieren, in welchen Bereichen die von der alten Landesregierung noch nicht aufgelösten 200 Stelleneinsparungen und die entsprechenden Stelleneinsparungen für die 300 Lehrerstellen erbracht werden sollten. Die Landesregierung werde in den nächsten Wochen und Monaten über die Aufteilung der abzubauenen Stellen entscheiden.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg bekräftigt sie abschließend, der Schuldenabbaupfad schreibe eine Ausgabenlinie fest, innerhalb derer man sich bewege. Das könne nur funktionieren, indem an einer Stelle weniger ausgegeben werde, wenn man an anderer Stelle mehr ausgeben wolle. Auf diesen Grundsatz habe sich die Koalition verständigt.

Abg. Herdejürgen legt Wert auf die Feststellung, dass man sich in den Ausgabeplanungen am zulässigen Rahmen auf Basis der Landesmethode halte und ein Puffer verbleibe.

Abg. Andresen macht darauf aufmerksam, dass PROFI eine Investition in die Zukunft sei, die langfristig zu Kosteneinsparungen führe. Mit dem Thema Stelleneinsparungen solle sich der Finanzausschuss einmal unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt grundlegend befassen.

Der Finanzausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Finanzministerin zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die für den 5. Dezember 2012 geplanten **Haushaltsberatungen** werden auf Wunsch der CDU-Fraktion auf **Freitag, 7. Dezember 2012**, verschoben:

- um 10 Uhr soll der Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie gemeinsam mit dem Wirtschafts-, Umwelt- und Agrar- und Sozialausschuss beraten werden,
- um 14 Uhr der Haushalt des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Umwelt- und Agrarausschuss.

Der Finanzausschussvorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 13:50 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender des Finanzausschusses

gez. Barbara Ostmeier

Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer